

„Keine Bundesregierung kann gegen NRW regieren“

Interviews mit den Sprecherinnen und Sprechern des Hauptausschusses

Elf der 16 Bundesländer sind unionsgeführt. Zuletzt sorgte die Landtagswahl in NRW nach 39-jähriger Regierungszeit der SPD für einen historischen Machtwechsel, der über die Landesgrenzen hinaus Wirkung zeigen sollte: Noch am Abend des 22. Mai kündigte der Bundeskanzler Neuwahlen im Bund an. Jetzt blicken alle mit Spannung auf den 18. September. Ist die NRW-Wahl als Präjudiz für die Bundestagswahl zu verstehen? Was würde ein Regierungswechsel auf Bundesebene für NRW bedeuten und welchen Einfluss hat das bevölkerungsreichste Bundesland auf den Wahlausgang? Darüber sprach „Landtag intern“ mit Ilka Keller (CDU), Wolfram Kuschke (SPD), Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Dr. Gerhard Papke (FDP).

Von NRW ausgehend hat schon mehrmals die Bundespolitik eine neue Richtung genommen. Was, schätzen Sie, bewirkt diese Bundestagswahl?

Keller: Der Sieg der CDU bei uns in NRW hat ja noch am Wahlabend selber dazu geführt, dass der Kanzler Neuwahlen im Bund ausrufen musste. Unser Bundesland ist mit 18 Millionen Einwohnern natürlich ein sehr großer Faktor auch in der Bundespolitik. Und natürlich hat das Ende von Rot-Grün von hier aus Signalwirkung für die ganze Republik. Ein Sieg der Union bei der Bundestagswahl wird mit Sicherheit viele Synergieeffekte bringen. Die Zeit der Ideologien



Ilka Keller (CDU)

würde endlich zu Ende gehen, mit geballter Kraft könnten wir uns auch bundespolitisch engagieren. Obwohl man mit Umfrageergebnissen und mit Wahlforschung ja immer auch vorsichtig umgehen muss, bin ich für den 18. September zuversichtlich. Die Menschen trau-

en der Union einen neuen Aufbruch zu, und wir haben auch die Kraft dazu.

Kuschke: Ich sehe im Ergebnis der NRW-Landtagswahl keine Vorentscheidung für den Ausgang der Bundestagswahl. Das mag in früheren Jahrzehnten einmal gegolten haben. Mittlerweile ist hier eine weitgehende Entkopplung zu beobachten. Konkret wird die Wahl aber darüber entscheiden, ob wir in der Energiepolitik eine umfassende Wende bekommen werden. Es zeichnet sich ja bereits in NRW ab, dass Schwarz-Gelb deutlich andere Schwerpunkte setzt als wir. Darüber hinaus wird darüber entschieden, ob wir den Reformkurs der rot-grünen Koalition fortsetzen können oder ob es zu Brüchen kommen wird. Und wir werden sicherlich in der Steuerpolitik eine interessante Weichenstellung haben. Es wird darum gehen, ob wir Steuergerechtigkeit mit sozialen Differenzierungen bekommen, oder so etwas wie den Kirchhoff-Vorschlag, der auf diese Komponente nicht abstellt.

Löhrmann: Die vorgezogene Bundestagswahl ist zweifellos eine ganz wichtige Wahl. Es geht um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, um die Ausrichtung der Umwelt- und

Energiepolitik und selbstverständlich auch um die Fortsetzung einer friedensorientierten, erfolgreichen Außenpolitik. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt: Jede Wahl hat ihre eigenen Gesetze. Der Ausgang der NRW-Landtagswahl im Mai dieses Jahres ist kein Hinweis auf den Ausgang der Bundestagswahl, diesen Automatismus kann ich so nicht herleiten. Gewissheit werden wir aber erst am Abend des 18. September haben.

Dr. Papke: Das Ergebnis dieser Bundestagswahl ist für NRW von enormer Bedeutung. Der Ausgang wird grundlegende Auswirkungen auf die Reformvorhaben der neuen Landesregierung haben. Wenn der Regierungswechsel in Berlin gelingt, erhält Gelb-Schwarz in NRW Rückenwind. Dies gilt in besonderem Maß beim Ausstieg aus den Steinkohlesubventionen, aber auch bei dem Ziel, Nordrhein-Westfalen beim Wirtschaftswachstum endlich von den Abstiegsrängen weg zu führen und wieder an die Spitze zu bringen. Für die großen Reformthemen, für Deregulierung, Bürokratieabbau und für Impulse auf dem Arbeitsmarkt brauchen wir den Regierungswechsel in Berlin.



Wolfram Kuschke (SPD)

Oskar Lafontaine ist Spitzenkandidat des neuen Linksbündnisses in NRW. Was glauben Sie: Eintagsfliege oder eine grundlegende Veränderung der politischen Landschaft?

Keller: Das Linksbündnis ist im Augenblick sicherlich eine ernst zu nehmende Kraft. Das belegen ja die Umfragen. In Zeiten des Umbruchs gibt es natürlich immer die Gefahr, dass Menschen verärgert sind und sich Protestparteien zuwenden. Das gilt besonders, wenn ökonomische Opfer unvermeidbar sind. Die Politik ist immer wieder gefordert, die ideologischen Luftschlösser zu entzaubern. Oskar Lafontaine ist für mich ein typischer Populist, der immer dann kneift, wenn er es mit Realitäten zu tun bekommt. Wie dünn das Eis ist, auf dem er programmatisch steht, hat Friedrich Merz bei Sabine Christiansen eindrucksvoll aufgezeigt.

Kuschke: Ich glaube nicht, dass das Linksbündnis längerfristig eine bedeutende Rolle spielen wird. Die guten Umfragewerte hierzulande lassen sich dadurch erklären, dass Oskar

Lafontaine propagiert, er hätte Konzepte zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Und Arbeitslosigkeit ist leider ein Thema, das in NRW stärker vertreten ist als in den übrigen alten Bundesländern. Insgesamt können wir aus dem Zuspruch für die Linkspartei lernen: Insbesondere die SPD muss sich die Frage stellen, wie sie künftig ihr politisches Profil schärfen und stärkere Überzeugungsarbeit bei der Vermittlung ihrer Reformpolitik leisten kann.

Löhrmann: Ich habe mich gewundert: Warum ist der Saarländer Lafontaine Spitzenkandidat in NRW geworden? Lafontaine hat sich selber



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

disqualifiziert, indem er als damaliger Bundesfinanzminister und als SPD-Vorsitzender Hals über Kopf die Flinte ins Korn geworfen hat. Er hätte die Chance gehabt, für Reformen zu sorgen, er hat sie nicht genutzt. Das nehmen ihm viele Menschen bis heute zu Recht übel. Langfristig gesehen räume ich der so genannten Linkspartei keine wirkliche Chance ein. Nach den anfänglich guten Werten zeigt sich, dass sich die Menschen mittlerweile genauer mit dem konkreten Programm auseinandersetzen, und sie sehen: Die vollmundigen Versprechungen sind gar nicht finanzierbar und unseriös. Hinzu kommt, dass von Seiten dieser Partei Reformen, die unsere Gesellschaft zukunftsfähig machen, abgelehnt werden. Lafontaine und Co. sind rückwärts gewandt. Und trotzdem müssen wir natürlich ernst nehmen, was die Menschen beunruhigt und was sie zu Protestwählern werden lässt. Ich bin überzeugt, dass Deutschland weitere soziale und ökologische Reformen benötigt, um nach vorne zu kommen. Darüber müssen wir verstärkt den Dialog führen.

Dr. Papke: Die Lafontaine-PDS ist eine reale Gefahr für Deutschland. Durch sie droht eine massive Verschiebung in der politischen Land-

schaft. Denn wenn die Reformkoalition aus FDP und CDU bei der Bundestagswahl keine Mehrheit erzielen sollte, müssen wir mit einem rot-rot-grünen Linksbündnis rechnen. Entsprechende Signale auch aus der SPD, etwa von Klaus Wowereit aus Berlin, sind nicht zu überhören. Das wäre der politische Super-GAU für Deutschland. Wir benötigen marktwirtschaftliche Reformen und Wirtschaftswachstum, um Deutschland wieder nach vorne zu bringen – und keine „DDR-light“ mit der Lafontaine-PDS. Lafontaine verspricht mit seinen Parolen das Blaue vom Himmel, nur finanzierbar ist davon nichts. In Wahrheit würde die Umsetzung seiner Parolen zu einer Verdopplung statt zu einer Halbierung der Arbeitslosigkeit führen.

„Bund und Land, Hand in Hand“ – dieses Motto hat die Beziehungen zwischen Düsseldorf und Bonn/Berlin lange Zeit bezeichnet. Welche Chancen sehen Sie, dass das auch zukünftig der Fall ist?

Keller: Ich sehe das aus Sicht der Landespolitik sehr optimistisch: Nach einem Wahlsieg der CDU im Bund ziehen wir an einem Strang. Nicht zuletzt ist dann auch Schluss mit der Blockade zwischen Bundestag und Bundesrat. Für uns in Nordrhein-Westfalen ergeben sich daraus große Chancen: Wir werden von uns aus eine breite Föderalismusdebatte anstoßen und sicherlich auch zu einer großen Reform kommen. Viele Probleme können nur im freundschaftlichen Dialog von Bund und Land wirklich gelöst werden: zum Beispiel eine umfassende Entbürokratisierung, eine Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft oder eine wirkliche Förderung unserer Familien. „Hand in Hand“ werden sich die großen Herausforderungen deutlich leichter bewältigen lassen.

Kuschke: Dieses Motto wurde sehr stark geprägt durch den Politikstil des früheren NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau. Es ist also nicht neutral zu bewerten: Bis 1998 hat NRW auch schlechte Erfahrungen mit einer unterschiedlichen Farbenlehre zwischen NRW und dem Bund gemacht, beispielsweise was die Finanzierung von Landesvorhaben angeht. Es wurde deutlich, dass NRW seinerzeit nicht entsprechend seiner Größe und seiner Bedeutung die geforderte Unterstützung beim Bund geltend

machen konnte. Das hat sich 1998 glücklicherweise geändert. Dieses Motto bleibt jedoch eine Worthülse, wenn man es nicht mit konkreten politischen Inhalten füllt. Davon hängt ab, ob eine gleiche politische Farbenlehre bei Land und Bund eher förderlich oder hinderlich ist. Ob also einer Bundeskanzlerin Merkel der Umgang mit den Bundesländern leichter fallen würde, auch wenn diese im Augenblick überwiegend unionsgeführt sind, mag noch dahingestellt sein.

Löhrmann: Ich glaube, das muss auch in Zukunft weiterhin der Fall sein. NRW ist das größte und bevölkerungsreichste Bundesland. Wir sind darauf angewiesen, dass Entscheidungen, die hier in NRW gewollt sind, im Sinne des föderalen Systems auch in Berlin Unterstützung finden. Umgekehrt muss natürlich auch NRW bundespolitische Weichenstellungen mit dem Bund Hand in Hand nachvollziehen. Deshalb glaube ich, dass keine Bundesregierung letztlich gegen Nordrhein-Westfalen regieren kann. Unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl sollte der Respekt vor der Demokratie gewährleistet, dass dieser Grundsatz weiterhin Geltung behält.

Dr. Papke: Das hängt entscheidend vom Ausgang der Bundestagswahl ab. Ich warne wie gesagt eindringlich vor den Folgen eines rot-rot-grünen Linksbündnisses, das uns droht, wenn die Reformkoalition aus FDP und CDU bei der Bundestagswahl keine Mehrheit bekommen sollte. Sofern Gelb-Schwarz nach dem 18. September auch im Bund die Regierung stellt, wird es mit Sicherheit auch zwischen Land und Bund zu einer hervorragenden Zusammenarbeit kommen.



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Fotos: Schälte

Dann wird die nordrhein-westfälische Landesregierung bei ihren ehrgeizigen Zielen gestärkt und kann das Land zügig modernisieren.

Die Interviews führten Jürgen Knepper und Axel Bäumer.